

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Usteri.

Freitag, den 10 April 1801.

Viertes Quartal.

Den 20 Germinal IX



Gesetzgebender Rath, 14. März.

(Fortsetzung.)

(Beschluss des Berichts der Petitionencommission über
die Bittschrift der Gemeinde Groß Dietwil E. Luzern.

Unter dessen B. G., da die Petition eine gegen eine
untergeordnete Vollziehungsbehörde gerichtete Beschwerde
enthaltet, und nur auf einen noch nicht eingetretenen
Fall hin (wenn nemlich die B. Zettel und Steinmann
die Vertheilung von ihnen begehren sollten) unser Fort-
sehn kann; so trägt Eurer Commission darauf an, die-
selbe der Vollziehung zu überweisen, mit der Einladung
darüber zu verfügen:

Folgende Botschaft wird hierauf angenommen:

B. Vollziehungsräthe! Die Gemeinde Groß, Dietwil
im Et. Luzern beschwert sich in beyliegender Bittschrift
über eine Verordnung der Luzernerischen Verwaltungskam-
mer vom 31. Jenner letzthin, laut welcher sie gegen
den Willen von 114 Antheilhabern des aus 116 Theilen
bestehenden Gemeindguts, und ohne in ihren Gegen-
gründen verhört worden zu seyn, gehalten seyn solle,
die Theilung oder die Ausmarchung eines verhältnismä-
ßigen Antheils dieses Gemeindguts vorzunehmen, damit
die zwey theilhaftigen Mittheilhaber ihren Antheil auf
beliebige Weise als wahres Eigenthum benützen können.

Da der 19te §. des Gesetzes vom 13. Febr. 1798 aus-
drücklich bis zu Erscheinung eines besondern Gesetzes jede
Theilung eines Gemeindguts verbietet; da ferner durch
das Gesetz vom 17. Dec. 1800 nicht nur dieses Verbot
befräftigt, sondern auch bestimmt wird, daß selbst die-
jenigen Gemeindgüter, welche durch ihre Eintheilung in
unabänderliche Rechtsamen, gleichsam in das Privatei-
genthum übergegangen sind, nur mit ausdrücklicher Be-
willigung der Gesetzgebung vertheilt werden können; so
wäre das Verfahren der Verwaltungskammer, in so fern
nemlich das Begehren der zwey Theilhaftigen wirklich auf

endliche Vertheilung und Privatbesitz dieses Gemeindguts
ausgieng, offenbar unbefugt und willkürlich. Wenn
hingegen es bloß um die Benutzung zu thun ist, so wäre
der Fall in dem Dispositif des Gesetzes vom 4. May 1799
begriffen da. Weil aber diese eingekommene Beschwerde
gegen eine der Vollz. Gewalt untergeordnete Behörde
gerichtet ist, und die Sache selbst nur dann dem gesetzgeb.
Rath zum Entscheid vorgelegt werden kann, wenn die
Theilungslustigen den Vertheilungsentwurf selbst vorle-
gen, so überweist derselbe diese Bittschrift an Sie B.
Vollz. Räte, mit der Einladung, nach Anleitung des
Gesetzes das Nöthige hierüber zu verfügen.

2. Das Cantonsgericht Schaffhausen stellt vor, seine
Glieder haben für die ersten 16 Monate, vom 12. April
1798 an, bis den 20. Heum. 99, als der Besitznahm des
Cantons durch die Oestreicher, mehr nicht als 480 Fr.
auf Abrechnung ihrer Entschädigung erhalten. Seit dem
1. May 1800, als der Epoche seiner Wiedereinsetzung
an, bis dato, ungeachtet der Hoffnung die ihnen vom
Minister des Innern sey gemacht worden, daß die Be-
solgung alle Monate richtig fließen sollte, seyen sie nur
für 3 Monate bezahlt, und die Gerichtsgebühren, die
wegen ihrer für dasselbe Gegenden ungewohnten Härte,
nicht vollständig bezogen werden könnten, hätten mehr
nicht als 26 Fr. 2 Bg. in 3 Monaten für jeden Richter
abgeworfen. Sie bitten, in Hinsicht auf die Beschwer-
den die ihnen ihre Stellen verursachen, auf Vernachlässi-
gung ihrer Geschäfte und kostbaren Lebensunterhalt an
dem Hauptort, um möglichste Beschleunigung der Be-
zahlung ihrer Gehalte für die 7 letzten Monate.

Ihr werdet B. G. mit Eurer Commission die Ge-
rechtigkeit der Reklamationen der Glieder des Cantons-
gerichts Schaffhausen und aller Beamten die in ihrem
Falle sich befinden, einsehen, und mit ihr das lebhaf-
teste Bedauern empfinden, daß die Finanzlage unserer

Republik, welche bey der wahrlich auffallenden Langsamkeit, mit welcher Euer vor bald 4 Monaten für das mit dem 30. Juni zu End gehende Finanzjahr 1800 erkannte, aber noch nicht öffentlich bekannt gemachte Finanzplan, noch keine erfreuliche Aussichten verspricht, es noch bis dahin unmöglich machte, diesen gerechten Forderungen zu entsprechen; unterdessen sieht Eure Commission nicht ein, wie von der Gesetzgebung aus, über die besondern Reklamationen des Cantonsgericht Schaffhausen besondere Verfügungen könnten getroffen werden, und trägt daher lediglich auf die Verweisung seiner Petition an die Vollziehung an. Angenommen.

3. Das Distriktsgerecht Schwanden, Canton Linth, wünschte für seine im Rückstand erklärten Befoldungen, von Betrag L. 1169 bz. 5 auf eine annehimliche Staats-Schuldschrift in seinem Distrikt angewiesen zu werden.

Da durch das Gesetz vom die Vollziehung beantragt ist, da wo es schicklich geschehen kann, die Rückstände durch Eßion von Schuldschriften zu tilgen, so rath die Petitionencommission zu Verweisung dieser Petition an die Vollziehung. Angenommen.

4. B. Jakob Allemann von Gänssbrunnen, in der Stadt Solothurn wohnhaft, ein im Jahr 1798 von der Solothurner Regierung eingekerkelter und von den Franken geplündelter Patriot, von der Natur eines Arms beraubt, Vater von mehreren Kindern, stellt vor: er habe in folg des Gesetzes vom 19. Okt. 1798, die Gewerbsfreyheit betreffend, da seine körperliche Beschaffenheit ihm keinen schicklicheren Nahrungszweig darbiete, eine Wintenschente in der Stadtgemeinde Solothurn errichtet, und seye sich nicht bewußt, durch Verletzung irgend eines Polizeygesetzes, diesen Gewerbe betreffend, Anlaß zu einer begründten Beschwerde gegeben zu haben.

Nun sey ihm im Anfang des lauffenden Jahrs plözlich die Schließung seiner Wintenschente befohlen, und er und seine Familie dadurch außer Brod gesetzt worden. Dieses durch seine gesetzliche Gründe unterstützte Verfahren, habe ihn veranlaßt, sich bey der Municipalität um ein Zeugniß seiner Aufführung zu bewerben, und wider Erwarten und wider die Wahrheit sey dasselbe dahin ausgefallen: er habe polizeywidrige Unfugen geduldet und schlechte Einzüge gehalten. Sich seiner Unschuld bewußt, habe er mit Gutfinden des B. Regierungstatthalters, die Municipalität vor die richterliche Behörde citirt, um gegen dieses seiner Ehre nachtheilige Zeugniß Genugthuung zu erhalten; er sey aber von dem Distriktsgerecht Solothurn den 3. Febr. nicht nur abgewiesen, sondern auch zur Abbitte gegen die Municipalität verfaßt wor-

den, welches Urtheil den 25. Febr. von dem Cantonsgericht dahin bestätigt worden sey: die Municipalität könne nicht gehalten werden, im Rechten Bescheid zu geben; und er Petent, sey mithin vor die Behörde gewiesen. Auf diese Weisung hin, habe er sich an die Verwaltungskammer gewendet, die aber das Geschäft ebenfalls von sich abgelehnt; und nun sey er Petent durch ein Schreiben des Ministers des Innern vom 8. März belehrt worden, daß eine Municipalität wegen Amtsverfügungen nicht gerichtlich könne belangt werden; dagegen stehe es aber jedem Bürger, der gegründete Klagen gegen eine solche Verfügung zu machen habe, zu, sie höhern Orts vorzutragen.

Dieser Weisung zufolge wende er sich an den gesetzgeb. Rath, und hoffe von seiner Gerechtigkeitsliebe, daß Sie B. G. nicht zugeben werden, daß eine Municipalität die Ehre eines Bürgers kränken könne, ohne die Gründe dazu darthun zu müssen, und daß Sie es genehm halten werden, daß er noch ferner das Gewerbe eines Wintenschent fortführe.

Diese Petition ist von dem Regierungstatthalter zur gnädigen Erwägung, (Eure Commission hätte diesen unrepublikanischen und in vorliegendem Fall ganz außer den staatsrechtlichen Begriffen liegenden Ausdruck wegge- wünscht) anempfohlen.

Daß der Petent rücksichtlich auf seine Lage zu bedauern ist, scheint unzweifelhaft; ob ihm aber unrecht geschehe, das wird entschieden werden können, wenn die andere Parthey verhört seyn wird.

Diese Verhöre vorzunehmen und darüber zu entscheiden, liegt aber nicht in den Attributionen der Gesetzgebung; und der Petent hat die Weisung des Ministers des Innern mißdeutet, wenn er unter dem Ausdruck: „höhern Orts“ den gesetzgebenden Rath verstanden hat. Nach den Begriffen Eurer Commission war es die Verwaltungskammer, die über des Petenten Beschwerden gegen die Municipalität verfügen sollte; unterdessen, da diese es abgelehnt, und eben dadurch auch Anlaß zu einer Beschwerde gegen sie gab, beyde Behörden denn unter dem Vollz. Rath stehen, so trägt Eure Commission auf Verweisung der Bittschrift an die Vollziehung an. — Angenommen. (Die Forts. folgt.)

Inländische Nachrichten.
Zuschrift des Erziehungs Rathes an den Regierungstatthalter des Cantons Argau.
B. Regierungstatthalter! Der Zeitpunkt